

# Wie arbeitnehmerfreundlich ist die GEW ?

## Man stelle sich vor:

Da ist ein staatliches Unternehmen. Durch die allzu optimistischen Prognosen seiner Gründer geriet es unter Erfolgszwang und wurde zu einem Prestige-Objekt. Nun zeigt sich aber, dass dieses Unternehmen mit den so geweckten Erwartungen erheblich überfordert ist. Nur durch ein hohes Maß an unbezahlter Mehrarbeit der dort tätigen Arbeitnehmer kann es einigermaßen funktionsfähig gehalten werden.

Das Unternehmen hat sogar einen vom Staat verordneten Wettbewerbsvorteil, der für eine höhere Nachfrage sorgt, den Ganztags-Service. Dieser Wettbewerbsvorteil bedeutet jedoch für die dort tätigen Arbeitnehmer eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, nämlich erhöhten Leerlauf, unregelmäßige Arbeitszeiten und verkürzte Erholungs-Phasen.

Ein klarer Fall von Ausbeutung, aber eben nicht so offensichtlich! Arbeitnehmer in vergleichbaren anderen staatlichen Unternehmen haben immerhin bei annähernd gleichem Lohn um etwa 20 % geringere Arbeitsbelastung.

Im Grunde lebt die Integrierte Gesamtschule - denn die ist hier gemeint - von dem ihr innewohnenden Zwang zur Selbstaussbeutung aus Pflichtbewusstsein.

Wer allerdings gegen diese Mehrbelastung protestieren will, gilt schnell als „unpädagogisch“ oder gar als „schülerfeindlich“ und ist mit diesen Vorwürfen erpressbar. Und leistet daher wacker, aber stumm, seine unbezahlte Mehrarbeit.

Genauere Zahlen zum Beispiel zur durchschnittlichen Jahresarbeitszeit liegen inzwischen ja seit der „*Untersuchung zur Ermittlung, Bewertung und Bemessung der Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer im Land Nordrhein-Westfalen*“, (Mummert + Partner, 1999) vor. Sie beträgt an Hauptschulen 1.791 Stunden, an Realschulen 1.769 Stunden und an Gesamtschulen 1.976 Stunden (S.3). Nur an den „*vom Ganztagsbetrieb betroffenen Gesamtschulen*“ zeigt sich eine Unzufriedenheit „*mit der Anzahl der Springstunden*“. Sie wird allerdings als „*eine deutliche Unzufriedenheit*“ bezeichnet (S.18).

**Selbstaussbeutung aus Pflichtbewusstsein:** Die meisten der an den Integrierten Gesamtschulen unterrichtenden Lehrerinnen und Lehrer sind in hohem Maße pädagogisch engagiert. Da sie nun nicht nur den Vormittag, sondern auch die Mittagspause und den Nachmittag mit den Schülern verbringen, erfahren sie mehr von deren Problemen.

Sie lassen sich stärker in Anspruch nehmen, weil sie sich dieser In-Anspruch-Nahme nicht entziehen können - und durchweg auch nicht entziehen wollen. Außerdem müssen den durch die Differenzierung aufgesplitterten Klassen erheblich mehr außerunterrichtliche Aktionen angeboten werden, um sie dadurch zusammenzuhalten und pädagogisch besser begleiten zu können.

Von dieser zusätzlichen In-Anspruch-Nahme, von diesem Zwang zur Selbstaubeutung aus Pflichtbewusstsein, lebt und überlebt die integrierte Gesamtschule in dem bescheidenen Rahmen ihrer Möglichkeiten, von der unbezahlten Mehrarbeit der dort tätigen Arbeitnehmer also. Weil dem so ist, stünde da nicht die zuständige Gewerkschaft in Pflicht, hier einzugreifen?

**Die IG Metall würde diese unbezahlte Mehrarbeit der Mitglieder nicht hinnehmen.**

#### **Nächster Aspekt:**

Da ist also ein staatliches Unternehmen, bei dem Arbeitsorganisation und Arbeitsbelastung derart frustrierend und strapaziös sind, dass Krankenstand und Fehlzeiten regelmäßig um 10-15 % höher liegen als in anderen staatlichen Unternehmen. Stünde da nicht die zuständige Gewerkschaft in Pflicht, einzugreifen, und sei es auch nur, indem sie darauf dringt, dass diese Ausfallzeiten in Statistiken dokumentiert und dann veröffentlicht werden - als Grundlage für anstehende Veränderungen?

**Die IG Metall wäre da schon längst aktiv geworden.**

#### **Dritter Aspekt:**

Da ist also ein staatliches Unternehmen, bei dem nur wenige Arbeitnehmer die Möglichkeit haben, diesem Unternehmen zu kündigen, um sich in einem anderen staatlichen Unternehmen eine zumutbarere Arbeit zu suchen. Schätzungsweise 30 - 40 % der hier Tätigen würden dies nur allzu gerne tun. Stünde da nicht die zuständige Gewerkschaft in Pflicht, zumindest die Zahl der Versetzungswünsche und vor allem deren Begründungen zu erfassen und auch zu veröffentlichen - als Grundlage für entsprechende Optimierungsaktionen - im Interesse der Mitglieder?

**Auch dazu schweigt die „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“!**

**Denn die ist hier gemeint.**

Wenn aber jemand diese und andere Missstände öffentlich beim Namen nennt, dann fallen die Funktionäre der GEW über solche Mitbürger her, die den Mut haben, „*von ihrer Vernunft öffentlichen Gebrauch zu machen*“ (Immanuel Kant, 1724-1804).

Kritik wird überhört oder unterdrückt. Missstände dürfen nicht als solche bezeichnet werden. Statt dessen entwickelt die GEW großen Eifer, diese arbeitnehmerfeindliche Schulform öffentlich zu loben - und will sie immer noch als Einheitsschule durchsetzen.

Darf es überhaupt Aufgabe einer Lehrer-Gewerkschaft sein, sich mit solcher Ausschließlichkeit für eine Schulform einzusetzen, die so offensichtlich zu einer erhöhten Belastung ihrer dann dort tätigen Mitglieder führt?

**Eine Interessenvertretung, die diesen Namen verdient, müsste anders aussehen.**

Wie vereinbart die GEW ihren Eifer mit der Tatsache, dass dann, wenn die Gesamtschule als Einheitsschule eingeführt würde, sich die Arbeitsbedingungen *aller* Lehrerinnen und Lehrer durch zusätzliche Mehrarbeit erheblich verschlechtern würden?

Mit dem Fend-Gutachten und mit den Ergebnissen des MPIB-Projektes „Bildungsverläufe und psychosoziale Entwicklung im Jugendalter (BIJU)“ ist doch längst schon bewiesen worden, dass selbst diese Mehrarbeit nicht ausreicht, an Gesamtschulen „die Standards des gegliederten Schulwesens zu erreichen“.

Warum zeigte die GEW keinerlei Eifer, darauf zu drängen, dass diese Ergebnisse endlich auch durch die Daten aus PISA 2000, PISA 2003 und PISA 2006 bestätigt werden?

Wurde schon je untersucht, wieviele GEW-Mitglieder an den Gesamtschulen und an den übrigen Schulformen es unterstützen, dass ihre Funktionäre - allen Fakten und Erfahrungen zum Trotz - immer noch die „*Eine Schule für alle*“ als die alle anderen Schulformen ersetzende Schulform einführen wollen? Und dabei gelegentlich sogar mit dem Arbeitgeber paktierten.

„*Das Ziel der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ist die Einführung der Gesamtschule als ersetzender Schule - dies sage ich als GEW-Vorsitzender, obwohl der größere Teil der Mitglieder dies nicht so sieht und sich unsere Kolleginnen und Kollegen im Osten Deutschlands diese Meinung nicht zu eigen gemacht haben.*“ Mit diesen Worten bezog der GEW-Vorsitzende Dieter Wunder am 29.März 1995 in Frankfurt eindeutig Stellung für die Gesamtschule. „*Die GEW kann nicht mehr hinter diese Position zurückfallen*“, ergänzte Otto Herz, damals im GEW-Vorstand zuständig für den Schulbereich. (zweiwochendienst, 5-6/1995, S.2)

Auch unter den Nachfolgern von Dr. Dieter Wunder und Otto Herz gab es bezüglich dieser basisfernen und wirklichkeitsfremden Programmatik der „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“ keine Änderung.

So hat die GEW - begreiflicherweise - nach wie vor kein besonderes Interesse an Qualitätskontrollen und Schulform-Vergleichen. Das zeigte sich schon recht deutlich bei der Opposition gegen die „BIJU“-Studie, etwa mit dem vom Vorstand der GEW in Auftrag gegebenen Gegen-Gutachten, der blamablen „*Lind-Expertise*“, die von Professor Baumert und seinen Mitarbeitern in scharfer Form als „*ein politisches Pamphlet*“ abgetan wurde (Baumert/Köller/Schnabel, 2000). Und die derzeitige Agitation des GEW-Vorstands gegen die von Professor Lehmann vorgelegte Berliner „Element“-Studie steht in einer langen Reihe derartiger vom Palmström-Syndrom angetriebenen Aktivitäten.

**Wurde von Seiten jener GEW-Mitglieder, die nicht von der Einheitsschule schwärmen und auch nie, wenn es nach ihnen ginge, an einer Gesamtschule oder an einer anderen Einheitsschule tätig sein wollen, jemals nach der Legitimation einer solchen Bildungspolitik des GEW-Vorstands gefragt? Denn mit dem Auftrag einer Interessenvertretung ist sie doch eigentlich nicht zu vereinbaren.**